

# OSTHOLSTEINBRIEF

## INFOS AUS DEM KREIS

Foto © Landtag Schleswig-Holstein



### LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

diese Ausgabe des Ostholsteinbriefes beschäftigt sich mit dem Gerechtigkeitspapier der SPD Schleswig-Holstein. Gerechtigkeit auf 52 Seiten zusammengefasst. Gerechtigkeit in allen Lebenslagen. Gerechtigkeit bis hin in die Weltpolitik. Die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie zeigt sich mal wieder als Impulsgeber für Deutschland. Wir sind ein Teil davon und sollten unseren inhaltlichen Beitrag leisten.

Der zweite Themen Schwerpunkt ist die derzeitige Flüchtlingssituation. Auch hier setzt Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern Maßstäbe. Und trotzdem muss ein gewaltiger Aufwand betrieben werden. Nicht zuletzt die ganzen Ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer tragen dazu bei, dass es gelingt. Vielen Dank dafür. ■

Euer  
Lars Winter, MdL  
Kreisvorsitzender

INHALT	SEITE
Editorial	1
Positionspapier	
Gerechtigkeit	1
Gerechtigkeitskongress	2
Europa im Zeichen der Flüchtlingskrise	4
Bettina in Putlos und ... ... zur dänischen Grenz- schließung	4
Flüchtlingsintegration	5
Konten für Flüchtlinge	6
Nicht für uns unterschrieben	6
Sommerklausur der KTF	7
Teilfraktion beim Kreissport- verband Ostholstein	8
AG 60+ Sicherheit	9
JHV der Jusos	10
Jusos in Russland	11
Museum für Regionale- geschichte in Pönitz	14
Das Beste zum Schluss: FamilienSommer	15
Impressum	16

## DIE ZEIT IST REIF MEHR GERECHTIGKEIT WAGEN

In Anlehnung an das weltberühmte Zitat von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ hat der SPD Landesvorstand ein Positionspapier erarbeitet, das sich um das Thema Gerechtigkeit dreht. Nach der Positionierung der Landespartei zur Friedenspolitik im letzten Jahr, das im Ergebnis in die Antragsberatung des Bundesparteitags im Dezember diesen Jahres einfließt, soll die Gerechtigkeitspositionierung auch Grundlage für das Wahlprogramm für die Landtagswahl 2017 werden. In mehreren Regionalkonferenzen mit den Akteuren vor Ort, innerhalb und außerhalb der Partei soll das Papier diskutiert, ergänzt, verändert werden. Den Abschluss bildet der Landesparteitag am 23. April 2016 in Kiel. Dort kommt es zur Beschlussfassung.

Wir wünschen uns, dass die Ortsvereine das Positionspapier diskutieren und Änderungen und/oder Ergänzungen erarbeiten, die wir auf einem Kreisparteitag beraten und zur Abstimmung stellen. Die für die Ortsvereine zuständigen Kreisvorstandsmitglieder stehen euch für die Beratungen vor Ort gern zur Verfügung. Das Positionspapier umfasst 52 Seiten und ist in sechs Kapitel unterteilt. Im Kreisvorstand haben wir uns die Analyse des Papiers aufgeteilt, die wesentlichen Punkte herausgearbeitet und Stärken und Schwächen besprochen

Gerechtigkeit ist ein Querschnittsthema. Nicht zuletzt durch das Positionspapier wird das deutlich. Ob in der Sozial-, Familien-, Bildungs-, Arbeits- oder Finanzpolitik. Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit prägen alle Politikthemen.

**Im ersten Kapitel** wird eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Die Grundlagen unserer Politik und die Herausforderungen für die Zukunft mit den Handlungsfeldern der Sozialdemokratie werden dargestellt. Gerade für neuere Mitglieder ist interessant zu erfahren, was die SPD wann einmal beschlossen hat. Doch es mangelt nicht an Eigenkritik. Zum Beispiel wird die Agenda 2010 kritisch gesehen. Im Zuge dieser für Deutschland einschneidenden Maßnahmen wurde die Identität verwischt und wir kämpfen noch heute daran, die Glaubwürdigkeit der Mitglieder und Wähler wieder zurück zu gewinnen. Das Ziel, den Weg in die Mitte der Wählerschaft zu öffnen, ist nicht gelungen.

**Das zweite Kapitel** befasst sich mit der Verteilungsgerechtigkeit. Der Wohlstand für alle steht im Fokus. Dieser kann nur durch Umverteilung erreicht werden. Deshalb geht das Kapitel auf Lohngleichheit sowie auf die Vermögensverteilung und

Steuerpolitik ein. Das Fazit ist für die SPD Schleswig-Holstein nicht überraschend. Stehen wir doch schon lange für die Forderung, die Steuergerechtigkeit nun endlich anzugehen.

**Im dritten Kapitel** werden Gute Arbeit und soziale Sicherheit, Hauptthemen sozialdemokratischer Politik, zusammengefasst. Die gesellschaftliche Teilhabe und die Integration aller Menschen in die Gesellschaft und ins Arbeitsleben sind Grundvoraussetzungen für eine gerechte Welt. Das wird von vielen schon lange gefordert, in die Umsetzung kommt wenig und das dann noch langsam. Der Mindestlohn, die Abnahme der Tarifbindung und die ungerechte Belastung der Einkommen stehen ebenso im Fokus des Kapitels wie der Umgang mit dem demografischen Wandel in der Arbeitswelt.

**Das vierte Kapitel** gilt der Bildungsgerechtigkeit, die gerade in Schleswig-Holstein ein Megathema ist. Es ist eine Beschreibung unserer generellen Forderungen und der Umsetzungsstand in der rot-grün-blauen Landesregierung seit 2012. Dem Kreisvorstand sind darin besonders wichtig, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und den Ländern weiter aufgehoben wird und das der Übergang von Schule und Beruf besser gelingt.

**Im fünften Kapitel** ist Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der heutigen Zeit ein bedeutender Aspekt für eine starke und gerechte Gesellschaft. Der Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und

Geld in der Familienpolitik sind wesentliche Bestandteile. Insbesondere die Unterstützung von Alleinerziehenden durch eine sozial gerechte finanzielle Förderung ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik. Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung würde das Bild abrunden. Das fünfte Kapitel des Positionspapiers beinhaltet viele bekannte Forderungen, die bereits beantragt und beschlossen sind. Jedoch müssen die Forderungen immer wieder formuliert werden. Steter Tropfen höhlt den Stein.

**Das abschließende sechste Kapitel** behandelt die Gerechtigkeit im globalen Maßstab. Wurden zuvor Themen diskutiert, die unmittelbar an der Basis spürbar sind, so geht es hier um das große Ganze. Im ersten Moment erschreckt, dass wir uns plötzlich mit der UN und der Weltordnung beschäftigen. Doch auf dem zweiten Blick erklärt es sich, dass ohne entsprechenden weltpolitischen Rahmen die Ungerechtigkeiten an der Basis nicht bekämpft werden können. Alles ist miteinander verwoben, alles baut aufeinander auf. Gerade in der heutigen Zeit ist spürbar was passiert, wenn die Industrienationen NICHT ihrer Verantwortung gegenüber der Dritten Welt gerecht werden und es nicht schaffen, 0,7% des BIP für die Bekämpfung der Armut auszugeben. Deutschland macht da keine Ausnahme. ■

Es gibt noch viel zu tun. Helft bitte mit.  
Lars Winter, MdL

## GERECHTIGKEIT HEUTE DER KONGRESS IN KIEL



Wer eine große Debatte starten möchte, der tut gut daran, für prominente Unterstützung zu sorgen. So oder so ähnlich war wohl die Überlegung der SPD Schleswig-Holstein, als beschlossen wurde das umfangreiche Positionspapier des Landesvorstandes (siehe Seite 1f) zum Thema Gerechtigkeit mit einem Kongress in Kiel zu flankieren. Am

19. September war es dann so weit und über 200 Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Land kamen in der Sparkassenarena zusammen, um Vorträgen zu lauschen, in Fachforen zu diskutieren oder einfach den Austausch mit Gleichgesinnten zu suchen.

Der Anspruch der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie, seit Björn Engholm den Ostseeraum als direkte Nachbarschaft mitzudenken wurde eindrucksvoll durch zahlreiche Gäste untermauert. Aus Polen und Dänemark, Schweden, Lettland, Litauen und Estland waren Genossinnen und Genossen unserer Schwesterparteien angereist. Aber auch aus der geographisch direkten Nachbarschaft, Mecklenburg-Vorpommern, waren Vertreter des Landesverbandes nach Kiel gekommen.

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Kongressregie kurzfristig geändert und eine Rede von Ministerpräsi-

dent Torsten Albig eingeschoben worden. Torsten zeigte die großen Linien auf und verwies auf die schleswig-holsteinische Integrationsleistung nach 1945. Die zahlreichen Flüchtlinge seien in Anbetracht der demographischen Situation eine echte Chance für unser Land. Aber er machte auch klar, welche Aufgaben vor Schleswig-Holstein liegen. Klare Aussage zum Schluss: „Meine Humanität folgt nicht dem Haushalt, mein Haushalt folgt der Humanität!“



Auf Torsten folgte Ralf Stegner, der begründete, warum die Zeit reif ist für mehr Gerechtigkeit und damit zugleich das Papier des Landesvorstandes begründete. Die Kernthese: In Zeiten der Globalisierung gelingt es der Marktwirtschaft nicht mehr

Wachstum bei allen ankommen zu lassen. Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer und globale Ungleichheiten nehmen zu. Die Sozialdemokratie müsse darauf Antworten präsentieren.



Dritter und letzter Redner war Martin Schulz, sozialdemokratischer Präsident des Europaparlaments und im vergangenen Jahr Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokratie zur Europawahl. Eine Position in der er übrigens vor etwas über einem Jahr bereits in der Sparkassenarena in Kiel zu Gast gewesen war. Auch Martin ging ausführlich auf die Flüchtlingspolitik ein: Hätten die europäischen Regierungen die Nachbarländer Syriens bei der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung nicht jämmerlich im Stich gelassen, dann wären auch die Folgen der Fluchtbewegungen in Europa weniger dramatisch.

Im Anschluss an die Reden verteilten sich die Gäste auf vier Foren. In den Foren waren

zum einen Gäste eingeladen, die die jeweiligen Themen kommentierten, zum anderen bestand die Möglichkeit direkt in die Diskussion einzusteigen. Forum I beschäftigte sich mit Bildungsgerechtigkeit (Gäste u.a. Britta Ernst und Edelgard Bulmahn).

Forum II griff das Thema „Gerechtigkeit in der Gesellschaft“ auf, Diskutanten waren hier u.a. Uwe Polkaehn vom DGB und Sozialministerin Kristin Alheit. Das dritte Forum hinterfragte die Rolle von modernen Familien in einer gerechten Gesellschaft. Neben dem Autor waren Sönke Rix, Irene Johns vom Kinderschutzbund und Wolfgang Baasch als Landesvorsitzender der AWO auf dem Podium.



Das letzte Forum behandelte die Frage von europaweiter/weltweiter Gerechtigkeit und wurde simultan ins Englische übersetzt, um auch den internationalen Gästen die Teilnahme zu ermöglichen. Neben dem Bundestagsabgeordneten Joachim Poß war Bärbel Diekmann von der Welthungerhilfe zu Gast.

Die Foren zeigten, wie breit die Frage nach Gerechtigkeit diskutiert werden muss, wie viele Ebenen betroffen sind, vor allem aber, wie groß die Herausforderungen sind. Verschiedene Gäste machten Anmerkungen zum Gerechtigkeitspapier, die nun in die folgende Diskussion des Papiers in den Gremien einfließen werden.

Den Abschluss eines gelungen Kongresses markierte eine Diskussionsrunde mit Ralf Stegner und weiteren Gästen, in der auch mit Kritik an der Rolle der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren nicht gespart wurde. Insbesondere Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband forderte vehement ein stärkeres Engagement der SPD in Fragen der Umverteilung ein. ■

Niclas Dürbrook  
stellv. Kreisvorsitzender und  
Landesvorsitzender der Jusos

Fotos (5) © Lars Winter



# FLÜCHTLINGE

## EUROPA IM ZEICHEN DER FLÜCHTLINGSKRISE

Foto © Europäisches Parlament



Ausgerechnet im Angesicht der höchsten Flüchtlingszahl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erleben wir die Europäische Union in der schlimmsten Krise der Gemeinschaft, an die ich mich erinnern kann. Grenzkontrollen im Schengenraum, Stacheldrahtzäune an europäischen Außengrenzen, gesperrte Autobahnen, das Aussetzen von internationalen Bahnverbindungen und

unerträglich: EU-Mitgliedsstaaten, die eklatant gegen Menschenrechte verstoßen – in denen Flüchtlinge geschlagen, gejagt und unter menschenwürdigen Bedingungen eingesperrt werden.

Europa muss die Nothilfe für Flüchtlinge endlich als gemeinsame Aufgabe begreifen, der sich kein Mitgliedstaat entziehen darf. Doch die Handlungsfähigkeit der EU scheitert immer wieder daran, dass nationale Egoismen den Vorrang vor einer gemeinschaftlichen Politik erhalten. Diese Praxis hat aber nicht erst jetzt Einzug in die EU gehalten, sie ist leider schon seit mehreren Jahren die gängige Vorgehensweise in der EU.

Von diesem Vorwurf kann sich auch Deutschland nicht freimachen, gerade in der Griechenlandkrise hat Deutschland eine – meiner Meinung nach – sehr unrühmliche Rolle übernommen. Und auch in der Flüchtlingsfrage hat Deutschland noch völlig anders agiert, als weniger Menschen bis in die Bundesrepublik gelangten. Die vielen Jahre, in denen Italien, Griechenland und Spanien bereits hoffnungslos überfordert waren, verwies die Politik hierzulande weiter stur auf die Dublinregeln.

Während Kommission und Europäisches Parlament bereits im Mai konkrete Vorschläge zu Quoten und Aufnahmekontingenten vorgeschlagen hatten, haben die Mitgliedstaaten einfach nicht reagiert, bis sich die Flüchtlingssituation zuletzt extrem verschärfte. Nun folgt wieder ein Krisengipfel auf den anderen.

Dass die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bei ihrem Sondergipfel in Brüssel bekundet haben, die desaströse Situation in den Flüchtlingscamps in Syriens Nachbarstaaten verbessern zu wollen, ist gut. Jetzt müssen sie aber ihre Versprechen auf eine angemessene Mittelausstattung auch unmittelbar einlösen und die Gelder unverzüglich auszahlen.

Wer um sein Leben fürchtend in Flüchtlingslager der internationalen Gemeinschaft flieht, darf dort nicht im Elend versinken und so zur massenhaften Migration gedrängt werden.

Auch die Einrichtung von Registrierungscentren, den sogenannten „Hotspots“ in den Ankunftslandern Italien und Griechenland kann nur funktionieren, wenn dahinter auch die Frage einer solidarischen Verteilung der Flüchtlinge geklärt ist. Dafür braucht es einen verbindlichen Verteilungsschlüssel, an dem sich alle Mitgliedstaaten beteiligen. Deswegen verlangt die Europa-SPD von der EU-Kommission ebenso wie von den Staats- und Regierungschefs weitere Initiativen zur Vergemeinschaftung der Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Und natürlich müssen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern endlich angegangen werden. Die Auswirkungen von Hunger, Krieg und Gewalt werden auch nicht vor abgeschotteten Grenzen halt machen – egal wie oft der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und sein Freund, CSU-Chef Horst Seehofer, dies noch behaupten. ■

Ulrike Rodust, MdEP

## BETTINA HAGEDORN BESUCHT NOTUNTERKUNFT

### FAST 800 FLÜCHTLINGE IN PUTLOS, DAVON ÜBER 120 KINDER

Foto © Helga Poppe



Gemeinsam mit Annette Schlichter-Schenck und Klaus Zorndt vom SPD-Ortsverein Oldenburg habe ich am 12. September – nur drei Tage, nachdem bundesweit die erschütternden Fernsehbilder von Flüchtlingen, die vor der geschlossenen dänischen Grenze u.a. auch in Puttgarden gestrandet waren – die neue Flüchtlingsunterkunft auf dem Truppenübungsplatz Putlos besucht. Fast 800 Menschen, davon über 120 Kinder, waren dort innerhalb weniger Stunden am Dienstag und Mittwoch in der Wagrien-Kaserne versorgt worden, nachdem 500 Soldaten auf Geheiß des Bundesverteidigungsministeriums kurzfristig ihre Übung abbrachen und damit Platz in geeigneten Wohngebäuden schufen. Die Flüchtlinge, die überwiegend aus Syrien, dem Irak, Eritrea und Afghanistan kommen, sind hier schnell menschenwürdig untergebracht worden, die Infrastruktur mit Men-

sa, Küche, Sanitäreinrichtungen und Räumlichkeiten für ärztliche Untersuchungen, Kleidungs Ausgabe etc. ist hervorragend geeignet. Den Flüchtlingen sind die teils unglaublichen Strapazen ihrer Flucht anzumerken, gerade die vielen Familien mit Kindern sind dankbar für diesen Ort der Sicherheit. Aus Rücksicht auf die Angst der Flüchtlinge vor Repressionen gegenüber ihren Angehörigen in ihrer Heimat haben wir bewusst keine Fotos von ihnen gemacht.



Fotos (2) © Annette Schlichter-Schenck

Fotografieren durften wir aber den Vertreter der Polizei aus Burg, Herrn Femerling, der als Chef für Sicherheit und Ordnung sorgt und uns bei unserem Rundgang ausführlich über die Lage, die Probleme und deren Lösung durch die gute Zusammenarbeit vor Ort informierte. Zum Team der Problemlöser gehört auch Herr Schloer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Neumünster und vor allem das Deutsche Rote Kreuz Göhl, dessen Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ehrenamtliche in bewundernswertem Einsatz eine funktionierende Flüchtlingsunterkunft quasi aus dem Boden gestampft haben.

Auch die Soldaten vor Ort haben tatkräftig mitgeholfen und z.B. die erforderliche Trennung zwischen militärischem und zivilem Bereich kurzfristig mit einem Zaun bewerkstelligt. Ganz besonderen Dank verdienen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sana-Klinik Oldenburg mit ihrer Pflegedienstleitung Beate Rinck, die innerhalb nur eines Tages die medizinische Erstversorgung, Material und Medikamente sowie eine Kinderambulanz bereitgestellt haben. Ärztinnen und Ärzte garantieren inzwischen auch die notwendigen Röntgenuntersuchungen, damit jedem Anfangsverdacht z.B. auf Tuberkulose begegnet werden kann. Alle arbeiten rund um die Uhr, um die Willkommenskultur in Putlos professionell und mit Herzblut umzusetzen. Danke!!!

Auf besonderen Wunsch des Roten Kreuzes haben Annette Schlichter-Schenck, Klaus Zorndt und ich den jüngeren Kindern eine große Kiste voll mit Straßenmalkreide und Seifenblasenspielen mitgebracht – die größeren Kinder spielten ausgelassen Fußball auf dem Rasen; vermutlich die beste Medizin, um die traumatischen Ereignisse der Flucht hinter sich zu lassen. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Notunterbringung in Putlos dank vieler engagierter, ehren- und hauptamtlicher Helfer so überragend geklappt hat. All diese Menschen sorgen dafür, dass die Flüchtlinge nicht im Freien oder in Zelten übernachten müssen. Und sie geben den Flüchtlingen ein klares Signal: Deutschland heißt willkommen!

Nicht vergessen sollten wir, dass diese große Zahl an Menschen binnen kürzester Zeit in Putlos untergebracht werden musste, weil die dänische Regierung kurzerhand beschlossen hatte, die Grenzen zu schließen, Züge zu stoppen und keine

Flüchtlinge mehr ins Land zu lassen, obwohl diese Dänemark nur auf ihrem Weg nach Schweden durchqueren wollten. Dass die neue rechtsliberale dänische Regierung mit ihrem Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen die ablehnende dänische Haltung gegenüber den Flüchtlingen allen Ernstes mit den Vorbehalten gegen die Fehmarnbeltquerung auf deutscher Seite verglichen hat (siehe Kasten unten), empört mich besonders. Damit wurden die europäischen Werte der Solidarität und das hohe Gut



der Reisefreiheit mit Füßen getreten. Das reiche Dänemark – das dortige Pro-Kopf-Einkommen liegt sogar über dem in Deutschland – verweigert sich offenbar ideologisch motiviert der Hilfe für Flüchtlinge. Das ist eine Schande.

Wenn dieselbe Regierung für sich in Anspruch nimmt, mit dem zehn-Milliarden-Projekt Beltquerung und reichlich EU-Zuschüssen Europa enger zusammenbringen zu wollen, so kann ich nur sagen: Wer Europas Werte zugunsten nationaler Egoisten derartig missachtet, der wird diesen angerichteten Schaden gewiss nicht mit Beton reparieren können. Dass die entkräfteten Menschen nach langer Flucht vor Krieg und Zerstörung in ihrer Heimat jetzt mit Schiffen von Deutschland in ihr Zielland Schweden gefahren werden müssen, ist einerseits paradox und andererseits ein symbolträchtiges Bild dafür, dass Dänemark sich mit seinem Vorgehen von den Nachbarn isoliert und Schiffe vielleicht eher geeignet sind, um den europäischen Werten zu entsprechen, als Betonbauwerke der Gigantomanie. Dass die rechtsliberale dänische Regierung zusätzlich die Kieler Landesregierung für die zeitlichen Verzögerungen der Planfeststellung des von ihr geplanten Belttunnels verantwortlich macht, ist obendrein eine dreiste Verdrehung der Tatsachen: nur weil Femern A/S offenbar stümperhaft geplant und Umweltbelange nicht ausreichend berücksichtigt hat, wird sie jetzt ihre Planungen korrigieren müssen – damit hat Dänemark selbst die beklagten Zeitverzögerungen zu verantworten. ■

Bettina Hagedorn, MdB

„Ebenso wie die Bundesregierung den dänischen Vorbehalt in der Flüchtlings- und Asylpolitik respektiert, so respektiert die dänische Regierung die rechtlichen Vorbehalte, die es auf deutscher Seite zurzeit in Umweltfragen in Verbindung mit der Fehmarn-Verbindung gibt. Die Bundeskanzlerin und ich stehen voll zum Fehmarn-Projekt, aber gegenwärtig liegt der Ball bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung.“

Lars Løkke Rasmussen,  
dänischer Ministerpräsident,

am 28. August 2015 in einer  
gemeinsamen Pressekonferenz  
mit Kanzlerin Angela Merkel in  
Berlin

## KONTEN FÜR FLÜCHTLINGE BEI DER SPARKASSE HOLSTEIN

Auf meine Anfrage bei der Sparkasse Holstein, ob Flüchtlinge dort ein Konto eröffnen können, reagierte diese sofort und teilte schriftlich mit:

„Man betrachtet die Flüchtlinge in unseren Städten und Gemeinden als zukünftige Kunden und möchte, dass sie am Zahlungsverkehr aktiv teilnehmen können. Dabei gelten dieselben Bedingungen, wie für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Die Sparkasse Holstein begrüßt es sehr, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kürzlich mit der Senkung der hohen Ansprüche an die Legitimationspapiere eine Übergangsregelung geschaffen hat, die die Eröffnung von Konten für Flüchtlinge jetzt deutlich erleichtert. Die Sparkasse Holstein hat diese Erleichterung sofort umgesetzt und die Kommunen im Geschäftsgebiet (mit einem Mailing informiert. Für die Eröffnung eines Bürgerkontos reicht jetzt auch die Aussetzung der Abschiebung, d. h. die Duldung oder andere Dokumente der Ausländerbehörde, die Name, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Anschrift und Foto des Flüchtlings enthalten.

Weiter wird in dem Schreiben ausgeführt: „Um in den Filialen vor Ort die Kontoeröffnungen zu erleichtern, versorgen wir in diesen Tagen gerade unsere Mitarbeiter mit Informationsblättern zum Thema Kontoeröffnung in zwölf verschiedenen Fremdsprachen. Die Mitarbeiter\_innen erhalten eine Übersicht, in welchen Ländern die einzelnen Sprachen grundsätzlich gesprochen werden.“

Damit möchte die Sparkasse Holstein den bei uns hilfesuchenden Menschen die finanzielle Grundversorgung ermöglichen und helfen, sie in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## KREISPRÄSIDENT RÜDER HAT NICHT FÜR UNS UNTERSCHRIEBEN!

Zur am 30. Juli veröffentlichten „Kieler Erklärung“ der Kreispräsidenten und des Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landtages, sowie den flankierenden Äußerungen u. a. von Ostholsteins Kreispräsident Ulrich Rüder habe ich eine Pressemitteilung an die ostholsteiner Redaktionen mit dem Inhalt gegeben:

Wir teilen die Forderung der Kreispräsidenten nach einem Aus für den Winterabschiebestopp ausdrücklich nicht. Es ist eine Frage der Humanität, Menschen in der kalten Jahreszeit nicht in eine ungewisse Zukunft zu schicken.

Die Kreispräsidenten müssen in dieser Frage aufpassen, sich nicht von der Landes-CDU vor den Karren spannen zu lassen. Die Diskussion über den Abschiebestopp ist eine Scheindiskussion, die von den echten Problemen in der Asylpolitik ablenkt. Im vergangenen Jahr war es nur eine verschwindend kleine Gruppe von Flüchtlingen, die aufgrund des Winterabschiebestopps länger in Schleswig-Holstein blieb. Das eigentliche Problem liegt in der Länge der Asylverfahren. Bundesinnenminister de Maizièr muss hier endlich für Ordnung im zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sorgen.

Niclas Dürbrook, SPD-Kreistagsabgeordneter und Juso-Landesvorsitzender ergänzt:

Begrüßenswert an der Erklärung ist das zaghafte Bekenntnis zu einem Einwanderungsgesetz. Wir brauchen legale Wege nach Deutschland. Gerade für uns im ländlichen Raum ist Zuwanderung wichtig, um zukunftsfähig zu bleiben. Ich hoffe, dass die Kreispräsidenten und der Landtagspräsident nun intensiv in der CDU für dieses Gesetz werben, die hier im Bund eine Verweigerungshaltung einnimmt. ■

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender



# SPD KREISTAGSFRAKTION

## SOMMERKLAUSUR ZU SOZIAL- UND SCHULPOLITIK

Die SPD Kreistagsfraktion hat sich auf ihrer traditionellen Sommerklausur in Malente in der Gustav-Heinemann-Stiftung nicht mit wirtschaftspolitischen Themen wie Breitbandversorgung, 380 KV-Leitung, Windkraft und Feste Fehmarn Beltquerung beschäftigt. In Anwesenheit des SPD Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Lars Winter standen soziale und schulpolitische Themen im Mittelpunkt, wie die Ablehnung von 60 % der angemeldeten Jugendlichen an der Beruflichen Schule des Kreises OH in Eutin, Jugendberufsagenturen, Kooperationsvereinbarung Schule/Jugendhilfe und unterschiedliche KIGA-Gebühren im Kreis. Zu diesen Themen wurden Anträge für die politische Arbeit formuliert.

Weiterhin wurde eine Resolution für die kommende Kreistagsitzung zur dauerhaften Absicherung des ICE Verkehrs Hamburg-Kopenhagen und der Beibehaltung von Haltepunkten in Oldenburg i.H. und Puttgarden verfasst.

Die SPD Fraktion tritt für eine solidarische Gesellschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit das oberste Ziel unserer politischen Arbeit ist. Nur mit der SPD gibt es gerechte Bildung, wir stehen für gleiche Chancen aller Kinder und Jugendlichen durch gebührenfreien Besuch von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Wir stehen für gleiche Bildungschancen, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule wurde der Weg in diese Zukunft geebnet.

Für die Fraktion ist es schon sehr befremdlich und nicht tragbar, dass den Kreistagsabgeordneten über Sitzungsvorlagen mitgeteilt wird, dass an der Berufsschule, dem Beruflichen Gym-

nasium in Eutin, 60 % der Aufnahmeanträge von Jugendlichen zurückgewiesen wurden. U. a. mit der Begründung, dass umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich wären, um diese große Anzahl von Bewerber\_innen aufzunehmen. In den letzten Jahren ist der Politik immer nur mitgeteilt worden, wie viele Jugendliche aufgenommen und nicht, wie viele abgelehnt worden sind. Deshalb fordert die SPD die Kreisverwaltung auf, eine Übersicht für die letzten drei Jahre zu erstellen, die aufzeigt, wie viele Jugendliche abgelehnt worden sind und aus welchen Kreisen sie kommen. Weiterhin ist es für die Fraktion sehr überraschend, dass die Situation in Eutin mit der Politik nicht erörtert wurde und noch keine nach dem Schulgesetz verbindlichen Kooperationsverträge abgeschlossen worden sind.

In diesem Zusammenhang steht die Aussage auf der Homepage der Berufsschule Eutin: „... dass die originäre gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschulen unser Berufliches Gymnasium in Eutin ... ist.“ Diese Auffassung entspricht in keiner Weise den wie auch immer auszulegenden schulgestalterischen Intentionen des Schulgesetzes. Für die Einrichtung von Oberstufen sind primär die Gymnasien und Gemeinschaftsschulen zuständig.

Die Fraktion ist schon erstaunt, wie die Kreisverwaltung im Vorwege Themen filtert und nur über Mitteilungen in die politischen Gremien einspeist. Die von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Einrichtung von Jugendberufsagenturen wurde in einer regionalen Steuerungsgruppe u. a. mit der Kreishandwerkerschaft, IHK, DeHoGa, Berufsschulen, dem Schulrat ... aber

Foto © Jutta Fritsche



ohne Beteiligung des Fachausschusses thematisiert und diskutiert. Es wurde empfohlen die Einrichtung einer Berufsagentur in Ostholstein nicht aktiv zu verfolgen.

Die SPD hat einstimmig beschlossen für die kommende Fachausschusssitzung die Jugendberufsagenturen mit auf die Tagesordnung zu setzen und sich zuerst einen Sachstandsbericht geben zu lassen. Anschließend wird dann die SPD eine Bewertung vornehmen, so wie es der Landkreistag politisch vorbildlich praktiziert hat.

Ein weiteres sozialpolitisches Thema war die Kooperationsvereinbarung von Schule und Jugendhilfe im Kreis. Die Diskussion hat ergeben, dass das umfangreiche Papier (51 Seiten) als zahnloser Tiger gesehen wird.

Den Kooperationsanlässen wie z. B. Schulabsentismus, Aggression und Suchtverhalten, kann nur dann erfolgreich entgegengewirkt werden, wenn schnell reagiert wird und nicht mit vielen Schreiben, Fragebögen, Strichlisten usw. gearbeitet werden muss. Das Kreuzfahrtschiff, d.h. die Kooperationsvereinbarung ist zu schwerfällig, zu bürokratisch. Wir brauchen kleine schnelle Rettungsboote, die sofort intervenieren, bevor es zu spät ist. Es sollte dazu eine kleine, schnelle und unbürokratische Aktionsgruppe im Kreis gebildet werden. Das gesamte Koopera-

tionspapier muss auf den Prüfstand und verschlankt werden.

Ein weiterer Bereich waren die unterschiedlichen Kindergartengebühren im Kreis Ostholstein. Da wir viele unterschiedliche Träger haben, wie Kommunen, Kirche, Wohlfahrtsverbände usw. ist eine einheitliche Regelung zu finden, damit über die Gemeinde- und Städtegrenzen im Kreis bei gleicher Leistung auch gleiche Beiträge gezahlt werden. Ein U3 Vollzeitplatz kostet in Neumünster 211 € im Monat, in Kiel 320 € und in Reinbek 507 €.

Die SPD Fraktion wird sich mit dem Gemeindegeld und mit dem Ev.-luth. Kirchenkreis OH Kindertagesstättenwerk zusammensetzen und die unterschiedlichen Gebühren thematisieren und versuchen Lösungen für eine Vereinheitlichung zu finden.

Die SPD Fraktion warnt die Träger davor, die Gebühren für die Krippen jetzt schnell noch zu erhöhen, da die Koalition in Kiel die Familien mit dem „Kita-Geld“ (U 3 Bereich) mit einem Zuschuss von 100 € im Monat entlasten will. Damit wird jungen Familien erleichtert, Kinder und Beruf miteinander zu verbinden. Die SPD Kreistagsfraktion wird sich weiter für einen sozial gerechten Kreis Ostholstein einsetzen.“

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

## INFORMATIONSPREISE DER TEILFRAKTION ZUM KREISSPORTVERBAND OSTHOLSTEIN

Fragen der Stärkung des Ehrenamtes, die Möglichkeiten der Finanzierung von Sportanlagen im Kreis sowie die Personalkostensituation einschließlich der Kosten für die Übungsstunden der Trainer und Ausbilder in den Vereinen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs beim Kreissportverband (KSV) Ostholstein. Neben dem geschäftsführenden Vorstand des KSV und der Geschäftsführung waren auch die Mitglieder der Teilfraktion Schule, Bildung, Kultur und Sport der SPD-Fraktion Ostholstein, die um dieses Gespräch gebeten hatten in Lensahn dabei.

Einigkeit und eine für beide Seiten erfolgreiche Diskussionen standen in dem mehr als zwei Stunden dauernden Gespräch im Vordergrund der beiden Institutionen, wie der KSV-Vorsitzende Rolf Röhling und die Leiterin der Teilfraktion, Annette Schlichter-Schenck, anschließend feststellten. Der KSV-Vorsitzende, der an der Spitze des mit fast 60.000 Mitgliedern größten Vereins in Ostholstein steht, hatte zu Beginn des Gesprächs auf Wünsche und künftige Vorhaben des Kreissportverbandes hingewiesen.

Dabei standen vor allem die weiterhin fachkundige Ausbildung von Übungsleitern und Trainern, die Einbindung von Asylbewerbern, die anstehende Renovierung von Sportstätten sowie die Forderung des KSVs, dass der Sport von der Politik und den Verwaltungen mehr in den Vordergrund gestellt wird, vorn an. Der KSV-Geschäftsführer Götz Haß stellte die Aufgaben des Kreissportverbandes dar und erläuterte, dass der Verband mit den Finanzmitteln im Jahr 2016 auskommen wird, nachdem man schon im vergangenen Jahr vom bevorstehenden Wechsel in der hauptamtlichen Geschäftsführung eine Erhöhung der Mittel vorgenommen hatte.

Rolf Röhling deutete aber an, dass man die Absicht habe, innerhalb der Kreisgeschäftsstelle im Jahr 2017 einen Praktikanten

zu beschäftigen. „Wenn wir dafür eine geeignete Person gefunden haben, dann benötigen wir sicherlich mehr Geld als Zuschuss“, betonte auch der neue Geschäftsführer Wolfgang Ruge, der am 1. Oktober sein Amt beim KSV Ostholstein antreten wird.

In gewohnter Art und Weise hatte Götz Haß auf einzelne Maßnahmen des Kreissportverbandes und der Sportjugend hingewiesen und vor allem die Zukunftstage erläutert, an denen gemeinsam mit den Vereinen und Fachverbänden künftige Aufgaben besprochen werden. Die wichtigste Aufgabe ist, den Mitgliederschwund in den Vereinen aufzuhalten. Auch die Tatsache, dass der KSVs Ostholstein als einziger Sportverband im Lande ein Frauenausschuss habe, der kontinuierlich sogenannte Frauen-Power-Tage veranstaltet, fanden unsere Zustimmung.

Sorgen machen Götz Haß die in Ostholstein fehlenden sportgerechten Schwimmbäder. Die Forderung des Sports hier seitens des Landes mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, hatten dazu geführt, dass der Innenminister im März 2015 eine Richtlinie über die Förderung von kommunalen Schwimmsportstätten herausgegeben habe. Danach sei die Unterstützung von Kommunen zur Erhaltung ihrer Sportinfrastruktur möglich. Für die Errichtung neuer sportgerechter Schwimmsportstätten sei aber keine Lösung gefunden worden.

Haß verwies auf die Tatsache, dass Kommunen, die ihre Schwimmhalle schließen oder abreißen mussten, nicht in der Lage seien, die hohen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu tragen. Die vom Land zur Verfügung gestellten 2,4 Millionen Euro reichen dafür landesweit überhaupt nicht aus.

Wir betonten in voller Übereinstimmung, die vorbildliche Führung des KSV Ostholstein durch den Geschäftsführer Götz



Die Gruppe der Gesprächsteilnehmer vor der KSV-Geschäftsstelle in Lensahn.

Haß und den ehrenamtlich besetzten Vorstand. Hier wird vorbildliche Arbeit geleistet, für die wir vom Kreis Ostholstein uns nur bedanken können.

Auch die Tatsache, dass der KSV schon vor Jahren der Kreisverwaltung in Eutin maßgebliche Aufgaben bei der Bezuschussung abgenommen hat, haben wir nachdrücklich begrüßt.

Bei der Diskussion über die dringend erforderliche Sanierung von Sportstätten kamen beide Gesprächsseiten überein, dass auch im Kreis Ostholstein eine Maßnahme angestrebt wird, um die einzelnen Maßnahmen sowie die Höhe der dafür erforderlichen Finanzen aufzuzeigen. Der Kreissportverband regte an, dass er die Vereine, die eigene Sportstätten haben, anschreiben wird, während der Kreis Ostholstein die Kommunen für diese Maßnahme anschreiben soll. Landesweit wurde ein Investitionsvolumen von mehr als 50 Millionen Euro errechnet.

Das im Moment große Thema der Flüchtlingsbewegung von Menschen aus Syrien, aus Afrika oder Afghanistan und anderen Ländern sei – im Moment – in Ostholstein für die Sportvereine kein Problem. Flüchtlinge die Sport treiben und dafür in einen Sportverein wollen, sind in den Vereinen gerne gesehen. Die Vereine hätten dafür am Anfang eine freie Mitgliedschaft einge-

richtet und der Landessportverband hat 50.000 Euro für die Finanzierung von Sportkleidung zur Verfügung gestellt.

Mit Nachdruck forderte Götz Haß noch einmal die Politiker im Lande auf, den Sport so zu fördern, dass die in der Landesverfassung festgeschriebenen Bereiche auch in Zukunft weiter gefördert werden. „Sport dient der Gesundheit, hält die Menschen fit und ist für Menschen aller Altersklassen geeignet.“ Hier werde man, so der KSV-Vorsitzende Rolf Röhling weiter, in den kommenden Jahren ansetzen, um attraktive Sportarten und attraktive Sportstätten den Menschen in Ostholstein anzubieten.

Die Mitglieder der SPD Kreistagsfraktion sicherten Ihre Unterstützung zu und versprachen auch wegen der Personalkostenzuschüsse im Austausch zu bleiben. Die Anregung zur Einführung eines Sportstättenkatasters auf Kreisebene werden wir aufgreifen, haben wir versprochen.

Burkhard Klinke  
SPD Fraktionsvorsitzender

Annette Schlichter-Schenck  
Teilfraktionsvorsitzende Schule, Bildung, Kultur und Sport

## DEN GANOVEN KEINE CHANCE - MEHR SICHERHEIT FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN

Am **Mittwoch, 7. Oktober 2015 um 15:00 Uhr** wird Sicherheitsberater Axel Gieseler aus Bad Schwartau einen Vortrag zum Thema *Mehr Sicherheit für Senioren* halten. Themen sind unter anderem die Sicherheit innerhalb und außerhalb der Wohnung, Abzocke im Alter, Gefahren und Risiken für Senioren im Internet sowie die Sicherheit von Senioren im Straßenverkehr als Fußgänger, Radfahrer, Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel und als ältere Kraftfahrer. Aber auch bei Fragen zum Verbraucher- und Opferschutz, bei Nachbarschaftshilfe oder bei verkehrsrechtlichen Dingen steht Axel Gieseler zur Verfügung.

Die Idee, Sicherheitsberater für Senioren zu bestellen, ist in einer landesweiten Arbeitsgemeinschaft der Kriminalpräventiven Räte entstanden. Axel Gieseler wurde als Sicherheitsberater geschult.

Der Vortrag wird im Hotel Restaurant Stadt Kiel, 23730 Neustadt in Holstein, Lienastraße 8, Telefon 04561-513955, gehalten. Der Eintritt ist frei.



# JHV DER JUSOS OSTHOLSTEIN

## WIEDERWAHL DER STELV. UND DES KREISVORSITZENDEN



Foto © Alexandra Höppner

Vor spektakulärer Kulisse fand am 22. August die diesjährige Jahreshauptversammlung der Jusos Ostholstein statt. Wir hatten unsere Genossinnen und Genossen ins Sealife nach Timmendorfer Strand geladen. Nach einer einstündigen Exklusivführung durch das Aquarium fand die Sitzung direkt vor der Panoramascheibe des großen Beckens statt.

Während die riesige Schildkröte und die Haie an der Scheibe vorbeischwammen, haben wir uns kurz mit dem abgelaufenen Jahr beschäftigt. Bei den dann folgenden Wahlen des Kreisvorstandes habe ich mich erneut um das Amt des Kreisvorsitzenden beworben und wurde von den Genossinnen und Genossen einstimmig wiedergewählt. An meine Seite wurden erneut Anastasia Brack und Tim Dürbrook als StellvertreterIn gewählt. Der neue Kreisgeschäftsführer der Jusos Ostholstein wurde Marcel

Müller. Jan Jensen, der bisherige Kreisgeschäftsführer, wurde neben Marcus Chmurczyk und Nusret Krasniqi zum Beisitzer gewählt.

In unserem Arbeitsprogramm „Für ein junges, rotes Ostholstein“ haben wir uns zur Aufgabe gemacht, im neuen Jahr noch aktiver und erfolgreicher Politik für junge Menschen in Ostholstein zu machen. Dazu werden wir uns weiter mit anderen Jugendeinrichtungen und -verbänden vernetzen, politische Veranstaltungen anbieten und unsere Präsenz an den Schulen ausbauen.

Wir haben uns zudem dafür ausgesprochen, dass das Nicht-bilden einer Rettungsgasse härter bestraft und dass der Parteikonvent dahin gehend geändert werden soll, dass die Vorstandsmitglieder nicht automatisch stimmberechtigt sind.

Ich freue mich, wenn wir als Jusos weiterhin zu Veranstaltungen und Sitzungen der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften eingeladen werden. Gerne sprechen wir zum Beispiel mit euch über Mitgliederwerbung für junge Menschen vor Ort.

Jan-Marco Höppner  
Juso Kreisvorsitzender OH



Der neue Juso-Vorstand mit dem Landesvorsitzenden v.l.n.r. Nusret, Niclas, Tim, Marcel, Anastasia, Jan-Marco, Marcus und Jan

Foto © Frederik Digulla



## JUSOS DISKUTIEREN IN RUSSLAND MIT JUGENDLICHEN AUS RUSSLAND, DER UKRAINE UND BELARUS

Vom 25. – 30. August 2015 waren Niclas und Tim mit acht weiteren Jusos aus ganz Schleswig-Holstein auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland zu Gast. Gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus Russland, der Ukraine und Belarus diskutierten sie im Rahmen der *Sommerschule der Sozialen Demokratie* sowohl über Parteiorganisation, als auch über die politische Entwicklung in Osteuropa. Hier bekommt ihr einen kleinen Einblick in die Ereignisse der Fahrt.

### ANKOMMEN IN ST. PETERSBURG

Wir starteten am Dienstagmorgen am Hamburger Flughafen Richtung St. Petersburg. Im Flughafen holten uns Vertreter\*innen der Friedrich-Ebert-Stiftung ab und wir konnten auch bereits die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den anderen Ländern kennen lernen. Auf der Fahrt ins Hotel wurde bereits klar, dass die Sprachbarriere höher als erwartet war. Nur wenige Teilnehmer\*innen konnten sich auf Englisch verständigen, sodass uns glücklicherweise zwei Simultandolmetscher zur Verfügung gestellt wurden. Beim ersten gemeinsamen Abendessen blieb es noch bei einigen Unterhaltungen in brüchigem Englisch, trotzdem war ein erstes Kennenlernen möglich.



Die deutsche Delegation mit Lisa Behnke, Artur Horch, Tim Dürbrook, Patrick Lange, Niclas Dürbrook, Frederik Digulla, Franz Thönnies MdB, Marie Hoffmann, Delara Burkhardt, Leonie Pätzold und Nele Lindenau

Im Anschluss begann der offizielle Teil mit einer Vorstellung der teilnehmenden Organisationen. Nachdem die Leiter\*innen jeweils ihre Organisation vorgestellt hatten, kamen wir zu einer großen Vorstellungsrunde, bei der jede und jeder etwas über seine Person und seine politischen Aufgaben erzählen konnte. Wir kamen zum Ergebnis, dass es eine bunt gemischte Runde sei, bei der auch bei den Teilnehmenden aus den gleichen Ländern verschiedene Positionen aufeinander treffen. Am ersten Tag in St. Petersburg erkundeten wir die zweitgrößte Stadt Russlands mit dem Bus und erfuhren viel über die Geschichte von St. Petersburg.

Nach ein paar Stopps an Sehenswürdigkeiten wie der blauen, prachtvollen Nikolaus-Marine-Kathedrale trafen wir uns mit dem Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg Boris Vyshevsky von der Partei Jabloko. Eine Partei die sich als sozialliberal bezeichnet, und teilweise sozialdemo-

kratische Positionen vertritt. Darüber hinaus wird Jabloko von vielen Experten als einzige nicht Putin-Treue Partei gesehen. Wir erhielten einen ersten Einblick in das komplizierte Parteiensystem Russlands.

Durch das Gespräch konnten wir einen interessanten Einblick in die lokale Politik in St. Petersburg und in die Oppositionsarbeit in Russland erlangen. Außerdem wurden Gedanken über Ideen für eine Beendigung des Kriegs in der Ukraine ausgetauscht. Am Abend kommen wir im Plechanov-Haus mit anderen Interessierten zusammen, um gemeinsam mit Franz Thönnies, MdB zum Thema „Russland, die Ukraine und der Westen: Ausweg aus dem Irrweg?“ zu diskutieren. Eine tolle Gelegenheit, mit unterschiedlichen Menschen an einem Tisch zu sitzen und Ansichten aber auch Einsichten auszutauschen. Unser gemeinsames Fazit: Kommunikation ist die einzige Option.

Franz begleitete uns noch bis Donnerstag und diskutierte mit den Teilnehmenden auch im informelleren Teil des Abends. Nachts hatten wir noch eine Bootstour auf der Newa. Interessanterweise werden die Brücken nachts von 2 bis 4 Uhr hochgeklappt und deswegen sind die Touren nur nachts möglich.

### AUFBRUCH NACH NOVGOROD

Mehr oder weniger ausgeschlafen ging es nach unserer nächtlichen Bootstour morgens los nach Veliky Novgorod, wo die zweite Hälfte unserer Sommerschule der sozialen Demokratie stattfinden wird. Veliky Novgorod hat eine herausragende historische Bedeutung. Die Stadt ist bekannt als die Wiege bzw. die Heimat der russischen Demokratie. Auch ist es der Geburtsort der russischen Staatlichkeit. Somit hätte man keinen besseren Standort für unsere Sommerschule wählen können. Auf dem Programm stand ein Besuch der Duma, dem Parlament von Veliky Novgorod. Dort haben wir von dem Abgeordneten Konstantin Chiv-



Besuch des Parlaments in Veliky Novgorod

ritsch einen kleinen Input über den Stadtrat und die derzeitige Lage der Stadt bekommen.

Anschließend ging es los zu einem gemeinsamen Stadtspaziergang, so dass wir selber sehen konnten, wo die Demokratie in Russland ihren Ursprung hat. Während der gesamten Führung konnte Konstantin uns über die Entwicklung der Stadt vom Mittelalter bis in die heutige Zeit informieren.



Der Kreml und der Kreml Park, durch den wir gegangen sind, ist das Zentrum der Stadt, dessen Mauer aus dem 15. und 16. Jahrhundert noch besteht. Der ein oder andere wird auch den „Fluch von Nowgorod“ kennen, der als Achterbahn im Hansapark (links) steht. Ein Turm dieser Mauer (rechts) diente dabei als Vorbild.



Der Abend diente nun der Erholung und ein wenig zur Vorbereitung auf den Beginn des Praxisteils der Sommerschule am nächsten Tag. Die Abende ohne feste Programmpunkte wurden genutzt, um sich in brüchigem Englisch zu unterhalten und mit dem Klischee der verklemmten Deutschen aufzuräumen.

### Austausch zur Organisationsentwicklung

In unserem Hotel in Veliky Novgorod starteten wir nun in den ersten praktischen Teil der Sommerschule. Es wurden zehnmündige Vorträge gehalten und anschließend fünf Minuten diskutiert und nachgefragt. Den Anfang machte das Thema „Grundlagen der Arbeit der sozialdemokratischen Jugendorganisationen“.



### Unterschiedliche Ausgangslagen

Interessant hierbei war, dass vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten überhaupt politische Arbeit durchzuführen bei vielen der anderen Organisationen deutlich Probleme zu spüren waren. Zum Einen aufgrund der finanziellen Mittel, da diese weder staatliche Förderung, noch Geld durch ihre Mutterpartei (sofern überhaupt vorhanden) erhalten. Zum Anderen ist es hochproblematisch, dass einige Organisationen aufgrund staatlicher Repressionen sogar Schwierigkeiten haben, sich überhaupt offiziell registrieren zu lassen, so dass diese nur im Untergrund arbeiten können, wie zum Beispiel in Weißrussland.

### Konsens bei der Mitgliederbetreuung

Das zweite Thema lautete „Rekrutierung und Betreuung der Mitglieder“. Dieses Thema war relativ unstrittig und schnell ab-

gehandelt. Allerdings war schon an diesem Punkt zu merken, dass es vielen schwer viel beim Thema zu bleiben, da immer wieder Nachfragen zur Ukrainekrise kamen. Schon jetzt waren alle heiß auf die Diskussion für die Resolution am nächsten Tag!

### Diskussionen zur Frauenförderung

Eines der strittigsten Themen war das dritte Thema, die Frauenförderung. Es wurde mehr als deutlich, dass in den unterschiedlichen Organisationen sehr unterschiedliche Auffassungen dieses Themas bestanden. Ohne eine gemeinsame Grundlage war es bei diesem Thema schwer auf Augenhöhe zu diskutieren. Anschließend starteten wir in den zweiten thematischen Block mit den Themen „Umgang mit ethnischen Minderheiten und Migration“, „Kampf gegen Rechtsextremismus“ und „Umgang mit Jugendarbeitslosigkeit“. Die Themen wurden offen und aktiv diskutiert und debattiert, so dass es oft schwer viel, die Zeitbegrenzungen einzuhalten. Es war sehr interessant zu sehen, dass teilweise wirklich große Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Jugendorganisationen bestehen. Kraft schöpften wir allerdings in dem antifaschistischen Zusammenhalt, der alle Organisationen eint.

### Musikalischer Abendausklang

Nachdem wir einen Tag lang heiß und angestrengt jedes Thema ausdiskutiert hatten, gingen wir in den gemütlichen und amüsanten Teil des Abends über. Trotz teilweise gegensätzlicher Positionen einen uns sozialdemokratische und sozialistische Werte. Beim netten Zusammensitzen mit einigen der anderen Organisationen sangen wir jeweils auf unseren Sprachen für die anderen Lieder oder aber auch gemeinsam die Internationale.

### Die Ukrainekrise im Fokus

Am Samstag, dem vierten Tag unserer Sommerschule, lag der Schwerpunkt auf der Ukrainekrise. Die Organisationen aus der Ukraine, Russland, Belarus und natürlich auch unsere schleswig-holsteinische Gruppe, stellten Ideen für Auswege aus der Ukrainekrise vor. Dabei ließen sich deutliche Unterschiede in den Ansätzen feststellen, vor allem aber auch eine Gemeinsamkeit: ein Ausweg kann nur friedlich sein.

### Ringens um die Resolution

Nach dem Mittagessen teilten wir uns in Arbeitsgruppen auf, um die Ideen der vergangenen Tage zu vertiefen. Länderübergreifend diskutierten wir Ideen zu Frauenförderung, Jugendarbeitslosigkeit, Mitgliederwerbung sowie Minderheiten und Rechtsextremismus.

Eine weitere Arbeitsgruppe erarbeitete, auf Grundlage der Vorträge vom Vormittag, eine gemeinsame Resolution zum Ukrainekonflikt.

Nach langer Diskussion gelang es einen Konsens zu den unterschiedlichen Punkten zu finden und zehn gemeinsame Punkte zu verabschieden. Wir haben damit gezeigt, dass sozialdemokratische Ideen über Ländergrenzen hinweg Auswege aus der verfahrenen Situation bieten können.

Viel schneller als gewünscht kam dann auch schon unser letzter gemeinsamer Abend. Bei BBQ und netten Gesprächen ließen wir die vergangenen Tage Revue passieren.

### Fazit

Eine Woche intensiven Austauschs liegt hinter uns. Wir haben neue Blickwinkel kennengelernt, Verständnis für andere Positionen gefunden, aber auch den Organisationsgrad deutscher Parteien zu schätzen gelernt. Die intensive thematische Beschäftigung wird in einem mehrseitigen Antrag an die außerordentliche Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein münden. ■

Tim Dürbrook

Mitgliederbeauftragter des Kreisvorstands der SPD Ostholstein

## RESOLUTION

Wir, Mitglieder der Jusos Schleswig-Holstein (Deutschland), Union of Young Socialists (SMS Ukraine), RSDUY (Russia) und der Bewegung ‚Reformation‘ (Russia/Siberia), zusammengekommen in St. Petersburg und Novgorod vom 25. – 30. August 2015 – drücken unsere tiefe Beunruhigung über die derzeitige Situation in der Ukraine und die Beziehungen zwischen EU, Ukraine und Russland aus.

**Wir sind fest überzeugt, dass die Situation in der Ostukraine nur durch friedliche Übereinkommen gelöst werden kann.**

**1. Wir begrüßen das Minsker Waffenstillstandsabkommen, das zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes führen kann.**

**2. Wir appellieren**

1. an alle Parteien des Konfliktes zu einer vollständigen Einstellung aller Feindlichkeiten und der vollständigen Umsetzung des Minsker Waffenstillstandsabkommens und zum Verzicht auf aggressive Rhetorik in Politik, Medien und sozialen Netzwerken.
2. die wichtige Arbeit der OSZE zu unterstützen, um die gegebenen Aufgaben zu erledigen und zivile Unterstützung zu leisten.
3. Visa-Erleichterungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU umzusetzen.
4. Regulationen abzuschaffen, die zu einer faktischen Isolation der Krim beitragen.
5. alle illegalen militärischen Gruppen in der Ukraine zu entwaffnen.
6. Programm zum Jugendaustausch zwischen Russland, der Ukraine und der EU einzuführen.
7. sicherzustellen, dass seine Einflussnahme auf innere Angelegenheiten der Ukraine unterbleibt.
8. einen Verfassungsprozess zu starten, der die Rolle der lokalen Räte stärkt.
9. Möglichkeiten für eine Peacekeeping-Mission in der Ukraine zu prüfen.
10. Mit allen relevanten Akteuren einen Diskussionsprozess über Sicherheit in Europa zu starten, rote Linien zu identifizieren und einen Weg zu Sicherheit, Kooperation, Abrüstung in Osteuropa und einem gemeinsamen Wirtschaftsraum in Europa aufzuzeigen. Wir wollen einen Neustart der Beziehungen zwischen Russland und der Nato in der Form eines friedlichen Dialogs.

Diese Resolution haben wir gemeinsam mit der Mehrzahl der teilnehmenden Organisationen erarbeitet. Mehr bei [www.Jusos-sh.de](http://www.Jusos-sh.de)

Foto © Andri Tepegnech



# INITIATIVEN IN OH

## MUSEUM FÜR REGIONALGESCHICHTE IN PÖNITZ

Es gibt ein Leben neben der Partei! Vereine und Verbände leben ebenso von ehrenamtlicher Arbeit, die meisten gibt es nur, weil sich Menschen mit viel Zeit, Liebe, Herzblut und nicht zuletzt Geld in den verschiedensten Bereichen einsetzen.

Aus Sammlungen von ehemaligen Schulmeistern und Heimatforschern aus Pönitz, Haffkrug und Timmendorfer Strand entstand 1988 durch den Verein für Regionalgeschichte in der Gemeinde Scharbeutz und Umgebung e.V. ein zunächst kleines Museum

für Regionalgeschichte in Pönitz mit geologischen Exponaten über archäologische Funde bis hin zu kulturgeschichtlichen Ausstellungen auf dem Dachboden der Pönitzer Schule. Inzwischen hat es sich zu einem ansehnlichen Regionalmuseum für das südliche Wagrien, die Region zwischen Lübeck und Neustadt, in der ehemaligen Schlachtereier des Ortes im Zentrum von Pönitz entwickelt. Leider ist die große Museumswerkstatt auf dem Dachboden der Schule aus Brandschutzgründen nicht mehr für die Öffentlichkeit geöffnet und wird demnächst geräumt werden müssen. Als Ersatz plant der Verein einen Anbau im Museumsgarten, was aber noch „einige dicke Bretter bohren“ bedeutet.

Der Trägerverein versucht durch viele Aktivitäten die Bevölkerung der Region mit einzubeziehen und so finden immer wieder Aktionstage, Vorträge und Feste in und um das Museum herum statt.

Einer der Schwerpunkte für die ich mich im Verein engagiere, ist das Ausstellen und auch das Aus- und Vorführen von alten Handarbeiten, von mittelalterlichem Nadelbinden und Brettchenweben über Spinnen und Weben bis zu Occhi (Frivolitäten),



Klöppeln und Stricken und Sticken. Dazu trifft man sich zum offenen „Häkelbündelklub im Museum“ an jedem ersten Dienstag im Monat um 19:30 Uhr. Es nehmen (bisher ausschließlich) Frauen nicht nur aus der näheren Umgebung sondern auch von Preetz bis Lübeck und Ratzeburg daran teil, facebook und Ravelry.com machen es möglich.

Urban-Knitting und Strick- Guerilla-Aktionen wie auch Museumsbelebungen gehören zum Programm des Häkelbündelklubs. So wurde am 20. September am Weltspinnntag (WWSIPDay 2015) das Museum mit Spinnerinnen und anderen Handarbeiten mit großer Resonanz belebt.

Öffnungszeiten: Dienstags ist von 15 bis 18 Uhr. Im Sommerhalbjahr von April bis Oktober ist auch sonntags von 14 bis 16 Uhr. Der Eintritt ist frei. Besuche und Führungen für Gruppen und Schulklassen außerhalb der Öffnungszeiten kann man unter Tel. 04503/732 73 oder [museum@museumscharbeutz.de](mailto:museum@museumscharbeutz.de) vereinbaren. Mehr Infos: <http://museum-scharbeutz.de> und <https://facebook.com/MuseumScharbeutz> ■

Gerda Petrich

Fotos (3) © Gerda Petrich



# FAMILIENSOMMER IN BAD SCHWARTAU

EINE IDEE, 3500 BESUCHERINNEN

## Prolog

Es war eine dieser Sitzungen, in der das alljährliche Sommerfest besprochen wurde. Same procedure as last year, dachten alle. Und dann war sie mitten unter uns, die noch nie gedachte Idee. Wenn wir schon den selben Aufwand wie in den Vorjahren betreiben wollen und müssen – warum dann nicht eine Schippe drauf legen und es mal richtig krachen lassen? Fragende Blicke. Also, letztes Jahr war doch schon ganz gut, oder? Zustimmung. Wieder am selben Ort? Zustimmung. Wieder am Sonntag? Zustimmung. Vielleicht etwas länger? Weniger Zustimmung. Und so ein klein wenig größer? Erster Angstschweiß. Was hat der Kerl bloß vor?

Dann die Erklärung. Also, wir haben wieder den selben Aufbau vor uns – Zelte, Getränke, Kuchen, Würstchen, Spiele. Das Areal im Moorwischpark (offene Grünanlage mit Spielplatz) ist sehr groß, ich denke da an das angrenzende Fußballfeld. Da kann man was machen. Fragende Blicke, unruhiges Rutschen auf den Stühlen. Wir machen jedes Jahr (zu viel) Miese mit unserem Fest? Betretene Zustimmung. Das sollten wir ändern. Nicken. Ok, dann machen wir auf dem Gelände einen Flohmarkt, laden Sponsoren ein und andere Vereine, die im Rahmen des Festes was zu bieten haben. Das ganze heißt dann übrigens Familiensommer. Leichte Panik hier, offene Ohren dort. Dann das Für und Wider. Am Ende gewinnt die Innovation und eine Kalkulation soll erstellt werden. Immerhin ein Etappensieg.

## Intermezzo

Die Kalkulation wird vorgestellt, der Kassenwart mit Schnappatmung kurz vor der Ohnmacht. Die Planung wird vorgestellt, das



ganze Drumherum. Der Kassenwart hält sich wacker bei Bewusstsein. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Orgaleiter nach seinem Geisteszustand. Das größte Problem wird die Manpower sein. Die ist nicht riesig. Die Neudenker gewinnen die Abstimmung.

## Realisation

Es geht los, Telefonate mit Vereinen werden geführt, die Kalkulation wird immer genauer, Werbeartikel werden geordert, Gewinne für das Glücksrad besorgt, Tresenequipment bestellt, Sponsoren gesucht. Es läuft. Fast alle Einkäufe gehen auf Kommission. Die Plakate sind da und hängen schnell. Die Flohmarktstände können online gebucht werden über einen eigens dafür eingerichteten Shop. Das Ziel sind erst 25 Stände, dann 50 und dann 75. Das war etwas zu viel, aber fast.



## Finale

Der Tag der Tage ist da – die Sonne auch. Am Vortag wurde schon vieles aufgebaut, der Flohmarkt markiert. Es ist halb sieben Uhr morgens, die Ersten rücken an. Es wird schlagartig voll. Letzte Handgriffe. Es wird immer voller. Kühne Erwartungen scheinen im Eiltempo unterzugehen. Wir werden überrollt. Das Glücksrad im Dauerbelagerungszustand, ab kurz nach neun glüht der Grill. Kaffee in immer neuen 5-Liter-Kannen. Der Getränkewagen rotiert. Um 14 Uhr Alarm am Grill, die 600 Würste sind weg. Hans jagt im Tiefflug nach Scharbeutz, plündert einen Supermarkt und rast zurück. Nachschub für immerhin 60 Minuten. Das dritte Fass Bier geht an die Leitung, leere Softdrinkflaschen versammeln sich in den Kisten. Caprisonne ist schon lange leer. Der





Flohmarkt ist der absolute Publikumsmagnet. Die größten Zweifler staunen Bauklötze und sind überzeugt. Fast 3500 BesucherInnen sprechen eine deutliche Sprache. Jugendfeuerwehr und Jugendzentrum als Supporter sind dauerhaft in Action.

Um 18 Uhr stehen wir alle da. Fix und foxi, aber überglücklich. Das war ein Fest. Wir verabreden uns fürs nächste Jahr. Aber dann mit mehr Personal. Wir haben es geschafft, aber es war ein gutes Stück Arbeit. Und es hat sich gelohnt. Für die SPD. 22 Uhr, ich fahr nach Hause. Ein sehr schöner Geburtstag mit vielen, vielen glücklichen Menschen von 0 bis 90 Jahren.

## IMPRESSUM/REDAKTION

SPD Kreisverband OH  
Lübecker Straße 6  
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57  
kv-ostholstein@spd.de  
www.spd-ostholstein.de

Mails für die Redaktion bitte an Lars Winter winter.mdl@aol.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden

V.i.S.d.P. Lars Winter, MdL und Kreisvorsitzender, Korrektur Kirstin Winter, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbrief, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die AutorInnen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■



### Fazit

Liebe GenossInnen – zaudert nicht, tut es. Seid frei für neue Ideen oder Traditionelles in neuem Gewand. Es lohnt sich.

Hansjörg Thelen  
*Orgaleiter OV Bad Schwartau*

P.S. Das Buchungssystem für Flohmärkte ist einsatzbereit. Tipps gibts auch.

